

Nunningen: Geschäft mit Pferdemist

An der Sitzung vom Montagabend beschäftigte eine Pferdemist-Kompostieraufbereitungsanlage den Nunninger Gemeinderat. Weiter standen die Wasserversorgung und die Jugend im Mittelpunkt.

Nunningen. and. Noch einmal war der Kostenverteilungsschlüssel des Zweckverbandes Wasserversorgung Gilgenberg ein Thema an der Gemeinderatssitzung vom Montagabend in Nunningen. Schon vor vier Wochen waren die Räte eingehend von dem Präsidenten Josef Dietler über die Ausgangslagen informiert worden (die BaZ berichtete). Basis der Diskussion war die Einführung eines neuen Rechnungsmodells, weil sich vor allem Nunningen als grösste der fünf beteiligten Gemeinden stark benachteiligt fühlte. Die Gemeinde Nunningen trage weit mehr an den Kosten als sie über den Verband an Wasser beziehe, da sie sich auch auf eigene Quellen abstützen könne. Dieses Missverhältnis soll nun geändert werden.

Nunningen setzt auf das Solidaritätsprinzip

Die Kommission habe sich nochmals beraten und schlage dem Gemeinderat vor, mit dem Modell C an die Delegiertenversammlung heranzutreten, informierte Gemeinderat Heini Martin. Dieses Modell sieht vor, dass jede Gemeinde einen Pauschalbetrag von 20000 Franken bezahlt und die restlichen Kosten gedrittelt werden, abhängig von der Einwohnerzahl, von Spitzenbezügen und der bezogenen Wassermenge. Heini Martin konnte seinen Missmut nicht unterdrücken. Er sei mit der Lösung nicht ganz glücklich und betonte, dass die ganzen Modelle ohne Zahlen hätten ausgearbeitet werden

müssen. Er hoffe aber, dass an der Delegiertenversammlung auf Solidarität und Zusammenarbeit Rücksicht genommen werde. Denn «wenn jede Gemeinde nur auf die Kosten schaut, haben wir Mühe überhaupt eine Änderung einzuführen», sagte Martin.

Jugend unterstützen

Soll die Gemeinde künftig Jugendlager mit einem finanziellen Beitrag unterstützen? Diese Frage brachte, wie von Gemeindepräsident Kuno Gasser prognostiziert, Emotionen an den Tag. Konkret lag ein Antrag des Turn- und Musikvereins vor, der an der Gemeindeversammlung vom 13. Dezember behandelt werden muss. Die Vereine baten um eine finanzielle Unterstützung von 25 Franken pro Kind, wenn Jugendlager organisiert würden. Die Argumente der Räte gingen auseinander. Gegen eine Unterstützung nach dem Giesskannensystem sprach sich Kuno Gasser aus. «Wir können nicht hier ein bisschen und dort ein wenig mehr Unterstützung leisten. Entweder wir finden eine konstante Lösung oder wir lassen es bleiben», forderte er seine Ratskolleginnen und -kollegen zu konstruktiven Vorschlägen auf. «Wir haben das Geld schon weniger sinnvoll ausgegeben», lautete ein Argument. Andererseits würden genau so Budgetposten geschaffen, die einmal aus Spargründen gestrichen worden seien, konterte ein anderer. «Wo bleibt die Wertschätzung? Wie hoch soll der Betrag sein?

Wie oft kann ein Verein eine Unterstützung beantragen?» Im Laufe der Diskussion traten Fragen über Fragen auf. Bevor sich das Thema allerdings als «Fass ohne Boden» entpuppte, einigte sich der Gemeinderat. Stelle ein Nunninger Verein einen Antrag, werde er pro Jahr mit einem Pauschalbetrag von 500 Franken für Jugendlager unterstützt. Damit reagiert der Gemeinderat auf den Antrag des Turn- und Musikvereins mit einem Gegenantrag. Die Varianten werden am 13. Dezember dem Souverän unterbreitet.

Innovatives Projekt

Gute Ideen solle man unterstützen, waren sich die Anwesenden beim nächsten Traktandum einig. Dabei ging es um die Anfrage eines Bürgers, der eine Parzelle in der Gewerbezone erstehen möchte, um eine Pferdemist-Kompostieraufbereitungsanlage erstellen zu können. Dabei spiele der Antragsteller schon mit dem Gedanken, das Projekt weiter auszubauen. Er wolle auch einen Häckseldienst und eine Grünabfuhr anbieten, wusste Kuno Gasser. Er habe keine Informationen über eventuelle Lärm- oder Geruchsmissionen erhalten. Zudem könne er sich auch nicht vorstellen, was mit einer solchen Anlage genau produziert werde. Grundsätzlich sprach sich der Gemeinderat für den Landverkauf aus. Man wolle aber noch weitere Informationen betreffend Aufbau und Ausführung, forderten die Gemeinderäte.